

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatlich 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortsverkehr vierteljährlich M. 1.20
ausserhalb desselben M. 1.30,
hiezuh Restgelt 30 Pfg.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

Beitung für Politik,
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 3 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 47

Wildbad, Samstag den 25. Februar

1905.

Pojadowsky's Weltanschauung.

Die Handelsverträge sind im Reichstag angenommen. Das deutsche Gewerbe mag sehen, wie es in dem agrarischen Zeitalter, das nun heringebrochen ist, sein Auskommen findet.

Wenn es noch eines deutlichen Wegweisers bedurfte, wozu die Reise geht, so hat ihn Graf Pojadowsky gegeben. Er hat unmittelbar vor der Abstimmung der gegenwärtigen Staatsweisheit letzten Schluß geäußert. Er will die ostelbische Wirtschaftspolitik und die sozialen Reichsaufgaben mit einander versöhnen und hat in kurzen Zügen ein förmliches System seiner Weltanschauung vorgetragen. Es mißfiel ihm, daß der demokratische Reichstagsabgeordnete Payer die Nachteile noch einmal zusammenfassend darstellte, die dem deutschen Erwerbsleben aus diesen Handelsverträgen erwachsen werden. Besonders unangenehm war dem Regierungsmann der Nachweis, daß auch die süddeutsche Landwirtschaft dabei in mehr als einem Punkt geschädigt wird, und er verwarf das angebliche Bestreben, eine „wirtschaftliche Mainlinie“ zwischen Nord- und Süddeutschland zu ziehen. Ihm selbst aber schien es ganz natürlich, eine andere Schweißwand aufzurichten und zu fordern, daß sich unsere gesamte Politik im Reich nach den Ansprüchen des ostelbischen Großgrundbesitzes zu richten habe. Er bekamte sich schlanke Weg zur agrarischen Aufzählung und versuchte gleichzeitig, dies Bekenntnis von einer höheren Warte als von der Höhe der Junkerpartei zu rechtfertigen. Die Regierung sagt er, treibt Agrar- und Sozialpolitik zugleich, und das ist kein Widerspruch, sondern läuft auf dasselbe Ziel hinaus. Und nun kam der abgrundtiefsinnige „Beweis“ dafür. Wir haben das vernünftigste Wahlrecht der Welt — damit meine aber der Graf nicht die preussische Dreiklassenwahl — und wir haben das aufstrebendste Volk. Pojadowsky ist so gnädig, darin Ursachen unseres geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts zu erblicken. Aber dieser Fortschritt geht ihm zu schnell! Mit düsteren elegischen Tönen schilberte er die „große Gefahr“, die unsere „häßliche, nervöse politische Maschinenarbeit“ im Gefolge hat, eine Gefahr, die „bis zur Selbstvernichtung“ geht. Bis hierher ist kein Wortchen Wahrheit in dem Pojadowsky'schen Gedankengange. Wahr ist vielleicht im Grunde, daß die Entwicklungsmöglichkeit, die dem deutschen Reich politisch durch das allgemeine gleiche Wahlrecht und wirtschaftlich durch die Tätigkeit der Bevölkerung, durch Fleiß und Streben geboten ist, zu harten Reibungen führen kann, weil die Widerstände, die eine rückständige, aber einflussreiche Klasse dem Fortschritt entgegenstellt, schwer zu überwinden sind. Aber da muß eben die Staatsmaschine mit einem reichlichen Tropfen fortschrittlichen Oels gesalbt werden. Wenn man sie allerdings trocken laufen läßt, oder wenn man gar gewaltsame Sperrvorrichtungen anbringt, um sie mitten im Schwung aufzuhalten und zurückzudrehen, dann ist Aussicht, daß sie eines Tages mit einem Krach in Stücke fliegt. Und Graf Pojadowsky ist ein solcher Maschinenmeister, der dem Triebwerk eine agrarische Hemmkette anlegen will. Ein „Gegengewicht“ nennt er das, einen „festen Anker“, in Gestalt der Agrarpolitik. Er sieht ein, daß die „Landflucht“ nicht mit Polizeimaßregeln aufzuhalten ist. Sie hat ihre Ursache in den unerträglichen Zuständen, die das Junkertum der Landbevölkerung zumutet, in den schlechten Löhnen der Landarbeiter, in der menschenunwürdigen Behandlung, die dort der „Herr“ „Knechten“ angedeihen läßt, als wären sie noch Leibeigen, und als wäre ihr Lebensrecht ein Gnadengehenk. Nun giebt Graf Pojadowsky zwar zu, „daß wir in vielen Gegenden des Oden zuviel Großgrundbesitz haben“, aber er zieht daraus nicht den folgerichtigen Schluß, daß dieser schädliche Großgrundbesitz bekämpft werden muß, oder daß wenigstens die natürliche Entwicklung, die diesen überflüssigen Großgrundbesitz allmählich beseitigen wird, ihren unaufhaltbaren Gang gehen muß. Sondern er will den zuviel-Großgrundbesitz unterstützen, erhalten und stärken, teilweise auf Kosten des gesamten andern deutschen Erwerbslebens! Denn er hält den Großgrundbesitz für den Führer des „landwirtschaftlichen Fortschritts“ und den Beschützer des Weltbesandes!

Es ist gut, daß Joviel Klarheit in die wahren Absichten der neuen Handelsverträge gekommen ist. Jeder, der hören will, weiß nun aus dem Munde des einflussreichsten Vertreters der Regierung, woran man ist! Die ostelbische Junkerpolitik ist obenauf bei uns!

Die akademische Freiheit.

Auf den deutschen Hochschulen — den Universitäten sowohl wie den technischen Hochschulen — ist zwischen den Aufsichtsbehörden und den Studierenden ein Kampf um die akademische Freiheit entbrannt, der nicht nur innerhalb der Hochschulen, sondern auch in der Presse und neuerdings sogar im preussischen Abgeordnetenhaus zu recht lebhaften Auseinandersetzungen geführt hat. Bemerkenswert ist, daß zuerst die erst seit kurzem zur vollen akademischen Würde erhobenen technischen Hochschulen in der Betätigung der akademischen Freiheit behindert werden sollten. Es soll das auf Grund einer generellen Weisung des preussischen Kultusministeriums an alle technischen Hochschulen geschehen sein, derzufolge die Rektoren gegen die Studentenaus-schüsse — die von den Studenten gewählten Vertretungskörper — energisch vorgehen und diese, wenn sich eine Handhabe dazu bieten würde, auflösen sollten. Den Anlaß zu diesem Unterdrückungsversuch gab die Bewegung innerhalb der deutschen Studentenschaft gegen die klerikalen Studentenkorporationen und ein Telegramm, das der Studentenausschuß der technischen Hochschule in Hannover gegenständig der Vorgänge bei Eröffnung der italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck an die dortige deutsche Studentenschaft schickte. Das waren Uebergriffe auf das politische Gebiet.

Die klerikalen Studentenkorporationen sind die Kadettenschulen, in denen das Zentrum seine Offiziere ausbildet, und da zögerte der preussische Kultusminister nicht, der sich dem Zentrum gegenüber stets sehr liebenswürdig zeigte, natürlich nicht lange, der „auschlaggebenden Partei“ eine neue Gefälligkeit zu erweisen durch die Zuschußnahme der klerikalen Studentenkorporationen. Der zweite Uebergriff, die Sympathieumgebung für die deutschen Studenten in Innsbruck, war in Wien sehr ungnädig aufgenommen worden. Es ist ja eine altbekannte Tatsache, daß man gerade gegen berechtigte Vorwürfe am empfindlichsten zu sein pflegt und die unendliche Haltung der österreichischen Regierung hat schon genug Kritiker in den deutschen Ländern Desterreichs gefunden, sie kann deshalb die reichsdeutschen Rörgler ganz gut entbehren. Und Herr Studt schwang sofort den preussischen Polizeifnüttel, um den verbündeten Staat vor der Einmischung unberufener deutscher Elemente in die innerpolitischen Verhältnisse Desterreichs zu schützen. Und mit Recht, denn wenn heute Preußen duldet, daß sich Angehörige dieses Bundesstaats in österreichische Verhältnisse einmischen, dann kann es auch Desterreich keine Vorwürfe machen, wenn sich die galizischen Polen ihrer Landesleute jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle annehmen. Und das ist wohl der wundeste Punkt der ganzen Affäre.

Die Maßregelungen der Studentenaus-schüsse nahmen in Hannover ihren Anfang, dann folgte Charlottenburg und, als die älteren Schwestern, die Universitäten, in richtiger Würdigung der Gefährdung der akademischen Freiheit den technischen Hochschulen beiprangen, kam es auch in Marburg zu einem Konflikt. Man wollte der Studentenschaft auf den einzelnen Hochschulen sogar verbieten, in studentischen Angelegenheiten miteinander in Verbindung zu treten. Erst als sich auf allen Hochschulen des ganzen Deutschen Reiches eine hochgradige Entrüstung gegen die Einschränkungen der akademischen Freiheit bemerkbar machte, sah man im preussischen Kultus-Ministerium ein, daß man wieder einmal eine Unklugheit begangen habe, man trat langsam den Rückzug an und Kultusminister Studt, wie sein getreuer Anthonoff, wurden im preussischen Landtag sogar direkt grob, als einige Abgeordnete an ihrer uneingeschränkten Begeisterung für die akademische Freiheit zu zweifeln wagten. Grobheit ist aber nicht immer ein Beweis dafür, daß man sich im Recht fühlt. Und tatsächlich scheinen auch die Ansichten der maßgebenden Persönlichkeiten im preussischen Kultusministerium nicht ganz mit den landläufigen Anschauungen über akademische Freiheit im Einklang zu stehen.

Die Definition der akademischen Freiheit ist an sich ja nicht schwierig. Man ist sich darüber einig, daß man in unserer Zeit der Gleichberechtigung aller vor dem Gesetz unter akademischer Freiheit nicht mehr eine privilegierte Sonderstellung zu verstehen hat, keine Kadaver-, Kauf- und Sauffreiheit, sondern die Lehr- und Lernfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung, wie sie jedem Staatsbürger zusteht. Das ist die akademische Freiheit in der Theorie. In der Praxis aber sieht sie etwas anders aus. Wie es um die Lehrfreiheit bestellt ist, darüber können die Herren Studt und Anthonoff die beste Antwort geben, denn gerade unter ihrer Handhabung der akademischen Freiheit ist schon mehr als einem akademischen Lehrer klar gemacht worden, wo die Freiheit ihre Grenzen hat. Der Lernfreiheit der Studenten ist durch die Examenordnungen eine vielleicht noch engere Grenze gezogen. Und wie es um die persönliche freie Meinungsäußerung bestellt ist, das hat außer den Studenten auch jüngst wieder der Kanzler der Universität Bonn verspüren können. Wurden doch gegen Herrn v. Kottenburg Recherchen eingeleitet, weil er als Privatmann einen Aufruf zu Gunsten der streikenden Bergleute im Ruhrrevier unterzeichnet hatte!

So lange sich die politische Betätigung auf die Teilnahme an Bismarck-Kommissionen, auf die Mitgliedschaft im Flottenverein, im alldeutschen Verband oder im Ostmarkenverein beschränkte, sah man es auch auf preussischen Hochschulen als nichts Ungehöriges an, wenn die Studenten Politik trieben. Im Augenblicke aber, wo die Studentenschaft ihre eigenen politischen Wege gehen und sich nicht mehr am Gängelbande führen lassen will, da droht und strafft die akademische Polizei. Daß sich das die deutsche Studentenschaft nicht gefallen lassen will, daß sie das Recht der freien politischen Betätigung, das jedem anderen Staatsbürger zusteht, uneingeschränkt auch für sich beansprucht, das ist das Erfreuliche an diesem Konflikt.

Reichstags-Brief.

● Berlin, 23. Febr.

Als gestern Abend gegen 8 Uhr die Majorität die 7 Handelsverträge unter Tisch gebracht, sagte dieselbe Majorität: Nun aber hinaus! Wer weiß, wenn wir uns wieder sehen; sobald nicht! Daher heute Rechts und im Zentrum gähnende leere Bänke. Die Resolution Piel betreffend die Novelle zum Vereins-Zollgesetz wurde als Material überwiesen, nachdem Staatssekretär Freiherr v. Stengel die Beschleunigung der bereits begonnenen Revisions-Arbeiten versprochen hat. Die Resolution Kardorff, die sich gegen die Zollkredite für Getreide richtet, sollte der Kommission überwiesen werden. Senger beantragte namentliche Abstimmung, die natürlich die Beschlußunfähigkeit ergab.

Die neue Sitzung schleppte sich bis 1/7 Uhr hin. Der Postetat wurde weiterberaten, wohlwollend und sachlich, wie es der Natur des Staatssekretärs Kracke entspricht. Der alte Insargeneral Poddiecki mit seinen kleinen Anrempelungen der deutschen Sprache hätte diese Worte lustiger gestaltet. Der Gegenstand der Besprechung war die Erhöhung des Endgehalts der Landbriefträger im Reichspostgebiet, Ausdehnung der sogenannten g-hobenen Stellen und Gehaltsausbesserung der Unterbeamten im Allgemeinen.

Des Kaisers Dank.

— Berlin, 23. Febr. Der Kaiser sprach dem Reichskanzler in einer Kabinettsordre anlässlich der Annahme der Handelsverträge den wärmsten Glückwunsch aus und fügte hinzu, er hoffe zu Gott, daß die Handelsverträge eine neue Kräftigung der deutschen Volkswirtschaft und ein neues Band friedlichen Weltfriedens zwischen Deutschland und den Vertragsländern schaffen werden. Der Kaiser bemerkte ferner, er erkenne gerne freudig an, daß es vornehmlich ein Verdienst der staatsmännischen Kunst des Reichskanzlers sei, daß der schöne Erfolg trotz aller Schwierigkeiten erreicht sei; ihm gebühre daher in erster Linie der Dank des Kaisers. Er spreche diesen von ganzem Herzen aus und verleihe ihm, zugleich als äußeres



Zeichen seiner Anerkennung und seines Wohlwollens seine (des Kaisers) Büste in Marmor. — Der Kaiser verlieh Pobjadowski den Schwarzen Adlerorden, Pobjadowski das Großkreuz des Roten Adlerordens und ernannte Nichtsosen zum Staatsminister und Mitglied des preussischen Staatsministeriums.

Ein deutsch-österreichischer Konflikt?

Wien, 23. Febr. Graf Goluchowski beauftragte U. „H. Bg.“ den Berliner Botschafter v. Szogheny-Marich gegen Äußerungen des Ministers v. Rheinbaben im Landtage Vorstellungen zu erheben. Es geht nicht an, in den Debatten der Volksvertretung auf Verhältnisse des Nachbarlandes zu exemplifizieren. Die Antwort der deutschen Regierung ist noch nicht bekannt. — In der Sitzung vom 20. Februar hat Rheinbaben gegenüber dem Polen Czarkinski, der meinte, was in anderen Ländern als Unkultur bezeichnet würde, das rechte Preußen als großes Verdienst an, auf die Miswirtschaft in Galizien hingewiesen, wo die Polen die ruthenische Bevölkerung drückte, daß sie zur Auswanderung genötigt sei.

— **Budapest, 23. Febr.** Der Plan eines Uebergangsministeriums Darany, ist gehei-tert.

Die Lage am Balkan.

Gelegentlich der Zusammenkunft des Königs Peter mit dem Fürsten Ferdinand in Nisch soll mit Rücksicht auf macedonische Möglichkeiten eine Militärkonvention zustande gekommen sein, der später auch Montenegro beitrug.

Die Lage in England.

Petersburg, 23. Febr. Der Zar wird sich nicht zur Besetzung des Großfürsten Sergius nach Moskau begeben. Die Einberufung der Semski Sobor soll undgültig beschloffen sein.

Krakau, 23. Febr. Der Streik des Personals der Warschau-Wiener Eisenbahn ist gestern ein vollständiger geworden. Der gesamte Personen- und Güterverkehr ist unterbrochen.

Warschau, 23. Febr. Infolge des Schülerstreiks wurden gestern 300 Gymnasiasten verhaftet. Vor dem Mädchengymnasium kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Schülerinnen und ihren sie begleitenden Müttern und der Polizei, die mit Gewehrkolben unbarmherzig auf sie einhieb.

Petersburg, 23. Febr. Laut hier eingetroffenen Privatmeldungen lassen sich die fürchtbaren Meutereien zwischen Armeniern und Tartaren in Baku auf noch schlimmere Zustände in Batum zurückführen. Letztere Stadt soll sich vollkommen in den Händen von Insurgenten befinden. Das russische Reserveinfanterie hat seine Sympathien den Armeniern zugewendet, ebenso steht die Polizei unter ihrem Einfluß. Eine sofort ernannte temporäre Gewalt soll sowohl die Militärbehörden als auch die Polizei arretiert haben. Aller staatlichen Institutionen haben sich die Insurgenten bemächtigt. Schiff- und Bahnverkehr sind eingestellt.

Baku, 23. Febr. Die Meutereien begannen am 12. Febr., 3 Tage dauerten die Massakres zwischen Russen und Armeniern. Die letzteren waren besser bewaffnet und in der Ueberzahl. Die Behörden sind machtlos, denn sie verfügen nur über ein Bataillon Infanterie. Die Straßen liegen voll Leichen.

○ Baku, 24. Febr. Die Stadt ist ruhig, doch ist die Aufregung noch groß. Viele Einwohner verlassen die Stadt. Die Läden der Armenier sind geschlossen. Die Banken konnten gestern unter dem Schutz des Militärs wieder Geschäfte abmachen. Hier und in den umliegenden Orten wurden zahlreiche Personen getötet, ganze Familien ausgerottet.

— **Petersburg, 24. Febr.** Maxim Gorli wird gegen eine Kaution von 10 000 Rubel freigelassen.

§ **Warschau, 23. Febr.** In der unteren Stadt sind schwere Unruhen ausgebrochen; Truppen sind zur Besetzung eingetroffen. Die Arbeiter in der Gasfabrik legten die Arbeit nieder.

Vom ostasiatischen Krieg.

London, 23. Febr. Die Russen, deren Hauptmacht noch auf dem rechten Ufer des Schaho steht, fahren fort, mächtige Verteidigungswerke an dem Fluße aufzuführen. Ruropatkin soll von einem Augenübel befallen sein. Die in Bladivostok liegende Flotte fuhr kürzlich aus dem Hafen heraus, kehrte jedoch, als sie des Blockade-Geschwaders ansichtig wurde, mit Eile zurück.

— **Frederikshavn, 23. Febr.** Das 3. russische Geschwader ist gestern Abend in der Richtung nach Westen nach der Elagenbucht abgefahren.

— **Tokio, 23. Febr.** Demnächst wird eine neue und zwar die 4. innere Anleihe von 100 Millionen Dens zum Kurs von 90 Prozent ausgegeben werden. Die Anleihe soll mit 6 Prozent verzinslich und in sieben Jahren rückzahlbar sein.

— **Tokio, 23. Febr.** Reuter. Japan hofft eine neue Flotte von Torpedobootszerstörern innerhalb Jahresfrist fertig stellen zu können. 10 neugebaute Torpedoboote werden jetzt in Dienst gestellt.

— **Suez, 32. Febr.** Der russische Torpedobootszerstörer „Regni“ ist hier von Säden kommend eingetroffen und im Kanal eingelaufen. „Regni“ begleitet den Transportdampfer „Kalaya“, der Invalide an Bord hat.

— **Aden, 23. Febr.** Fünf zum russischen pazifischen Geschwader gehörende Schiffe sind bei Magadogo an der Küste auf der Fahrt nach Säden gesichtet worden.

Vollwirtschaft.

Landwirtschaft und Milchwirtschaft.

Der Geschäftsbericht, den die Landwirtschafts- und Gewerbebank Verabronn für das abgelaufene Jahr an ihre Mitglieder erstattet, enthält interessante Bemerkungen zu landwirtschaftlichen Fragen, die schon um deswillen größere Beachtung verdienen, als die Landwirtschafts- und Gewerbebank ihre Tätigkeit in einem vorzugsweise Ackerbau treibenden Bezirke (Herrschaft Hohenlohe-Langenburg) entfaltet, Vorstand und Aufsichtsrat bestehen durchweg aus praktischen Landwirten. Es heißt in dem Bericht z. B.:

„Im abgelaufenen Jahre haben sich die gewerblichen und landwirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande befriedigend entwickelt. Ganz besonders haben die Milchprodukte eine unerwartete Mehrernte gebracht, und die Erträge hieraus bilden immer mehr einen Hauptfaktor in den Einnahmen des Landwirts. Daß nun dieser wichtige Zweig in den Bezirken, wo man von der Milchwirtschaft sonst nichts wissen wollte, solche bedeutende Aufmerksamkeit findet, ist eine erfreuliche Wahrnehmung dafür, daß endlich die kleineren und mittleren Landwirte das sonst mit Jähligkeit erhaltene Geleise des Vergebrachten allmählich verlassen, sich nach kaufmännischen Grundsätzen den Zeitverhältnissen mehr anpassen und in der Produktion sich allmählich nach der Nachfrage der besser rentierenden Produkte richten. Würden diese Grundsätze weitere Bestätigung oder gar allgemeinen Eingang finden, so würde vieles besser werden und der Ruf nach Staatsunterstützung für die Landwirtschaft nicht in der beliebten Weise sich äußern. Bleiben wir gerade bei der Milchwirtschaft. Ihre Ausdehnung bringt ein überraschendes Resultat. Bei der Revision der Molkereien hat der Molkerei-Inspektor festgestellt, daß an die Molkereien unseres Bezirkes jährlich 5 500 000 Liter Milch abgeliefert und zu Butter verarbeitet werden. Rechnen wir hierzu den sonstigen Verkauf von Milch und gewöhnlicher Butter, so erlösen wir in unserem Bezirk für Milch gegen Mark 800 000, einen Betrag, den der Verkauf von Getreide selbst in unserem Ackerbau treibenden Bezirk nicht erreicht.“

Ohne Zweifel hat die Landwirtschaft des Bezirkes hiervon mehr Nutzen als von den Getreidezöllen!

Tages-Nachrichten.

M. **Vom Lande, 22. Februar.** Schulstatistik. Im Jahre 1904 wurden 83 katol. Schulleisten besetzt mit 34 ständigen und 49 unständigen Lehrern; hiervon 69 von der A. Oberschulbehörde und 14 im Privatpatronat. Das Durchschnittsalter der erstmals definitiv angestellten Lehrer betrug 28,89 Jahre und erfolgte im Durchschnitt nach 9 unständigen Dienstjahren. Vom Dienstantritt wurden 3 Lehrer entlassen und 11 pensioniert im Durchschnittsalter von 65,1 Jahr. Gestorben sind 8 aktive Lehrer im Durchschnittsalter von 49,6 Jahren; pensionierte Lehrer starben 21; beurlaubt wurde Lehrer Jos. Kottmann in Blochingen (Wenau). Er ist jetzt Regierungslehrer in Dome, Logo (Afrika). Neue Stellen wurden 21 errichtet; auf 1. Januar 1905 blieben 50 Stellen erledigt.

Stuttgart, 23. Febr. In der russischen Kirche fand heute ein Trauergottesdienst für den russischen Großfürsten Sergei statt. Denselben wohnten die Herzogin Wera und Herzog Albrecht bei.

Stuttgart, 23. Febr. Prälat v. Sandberger hat sich als Vertreter des evangelischen Konfessionsrats zur Einweihung des neuen Doms nach Berlin begeben.

— **Kalen, 23. Februar.** Während des Rangierdienstes wurde gestern der Anspüler Rathgeb vom Zug überfahren und starb bald darauf.

— **Kirchheim u. Ted, 23. Febr.** Die Teilgemeinde Weiler, Gemeindebezirk Kohnwälden, wurde zu einer selbstständigen Gemeinde erhoben.

— **Bellingen, 23. Febr.** Verunglückt ist in der Schreinerei Rehrer hier der 19jährige Gottlob Bock von Kirchzellinsfurt. Bock starb in der Klinik in Tübingen.

Ebingen, 24. Febr. Erschossen hat sich in verfloßener Nacht — vermutlich um die mitternächtliche Stunde — auf einem Acker in der Nähe des Kirchhofs ein hiesiger noch nicht ganz 30 Jahre alter, verheirateter Trikotweber. Häusliche Zwistigkeiten, veranlaßt durch Eifersüchtigkeiten, scheinen dem Unglücklichen den Revolver in die Hand gedrückt zu haben. Gestern Abend hatte der Mann auf der Anstaltsleiter erklärt, daß er nicht mehr bei seiner Frau bleibe u. Auch kaufte er sich einen starken Revolver, mit dem er seinem Leben durch einen Schuß in die Herzgegend nun ein frühzeitiges und tragisches Ende bereitet hat. Als die Polizei den Leichnam nach längerem Suchen, veranlaßt durch die Sorge, es könnte etwas passiert sein, fand, war er schon erkaltet.



König Wilhelm II. von Württemberg.

Zum heutigen, 58. Geburtstag.

§ **Straßberg, 24. Februar.** Der Uhu. Vor einigen Tagen ist dem Jagdpächter Stoelzle hier ein bei uns sehr seltener Uhu überbracht worden. Der Uhu ist bei Verlegung einer Wildente vom Juge überbracht und in nächster Nähe des Bahndamms Ringelalm aufgefunden und dann getötet worden. Er ist ein wirkliches Prachtexemplar.

Jünneringen, 23. Febr. Unsere Bürgermeistereiwahl, die Mitte nächster Woche stattfindet, wird an Verhaftigkeit das Interesse rechtfertigen, das ihr entgegengebracht wird. Die paar „Intimusse“ des seitherigen Bürgermeisters, der nun endlich „amtsmüde“ geworden ist und abgedankt hat, wirken natürlich darauf hin, daß wenigstens das seitherige System weiterbestehen soll, nachdem der bisherige offizielle Träger dieses Systems vom Schauplatz seiner Taten offiziell abtritt. Voran steht bei diesen Bestrebungen der Lehrer W. Vorge schlagen wird ein Wirt, in dessen Lokal die „Bürgermeisterpartei“ seither ihre „Niederlage“ hatte. Mit der Wahl dieses Wirts hoffen die Freunde des zurücktretenden Bürgermeisters, sich ihren Einfluß ungehindert zu erhalten und auch den künftigen „Altbürgermeister“ vor völliger Einflußlosigkeit zu bewahren. Die Frage ist nur, ob die Bürger diese Hoffnungen begünstigen; und da ist ein sehr großes Fragezeichen angebracht. Denn man hat hier das Gefühl, daß nur dann eine Aenderung eintritt, wenn mit dem ganzen seitherigen System gebrochen wird; und darum ist die anscheinend große Mehrzahl der Bürger dafür, einen Mann zu wählen, der keine Zusammenhänge mit dem unfreiwilligen gut gemeinten, aber unglücklich wirkenden System hat, das durch den Rücktritt des bisherigen Bürgermeisters endgültig zusammenzubrechen verdient. Dazu kommt, daß die Freunde des Bürgermeisters durchaus nicht immer glücklich operieren. Der Veruch, einen mit zehn Pfennig bezahlten und mit einem „Schoppen“ nachhonorierten Spion auszusuchen, trägt keinen Ruhm und keine Anhänger ein, wohl aber berechtigten Spott, wenn der „Spion“ diese Rolle schlan ablehnt. Und es könnte leicht sein, daß am Wahlabend ein gewisser Herr fuszen wird: Die ganze Wahl ist mir keine zehn Pfennige wert! —

— **Ulm, 23. Febr.** Die Baugenossenschaft. Am 1. August v. J. wurde hier eine Baugenossenschaft begründet, die ein im Westen am Nordabhang des Galgenbergs gelegenes Gelände von 9 Morgen mit Einfamilien- und Mietshäusern bebauen will. Die künftigen Kollegen erteilen heute einem Verträge ihre Genehmigung, durch welchen dieses Gelände der Baugenossenschaft im Erbbaurecht auf 70 Jahre mit der Maßgabe überlassen wird, daß nach Ablauf dieser Zeit bei seiner Fortsetzung des Vertrags die Stadt gegen eine bestimmte Vergütung die Häuser samt dem Gelände in ihren Besitz übernimmt.

— **Ulm, 23. Februar.** Nicht Mord, Selbstmord. Der als Prokurist in einer oberitalienischen Fabrik angestellte gewesene Kaufmann Heinrich Dehse von Neu Ulm ist nicht erschossen worden, sondern hat sich aufheinen selbst das Leben genommen, weil seine Bewerbungen um eine Lehrerin nicht zum gewünschten Ziele geführt haben.

Ulm, 23. Febr. Vom Schnellzug gestürzt ist der in Ulm wohnhafte Schaffner Wöhrlin am Mittwoch zwischen Amstetten und Ulm. Wöhrlin ist dadurch verunglückt, daß beim Revidieren der Weite die geöffnete Tür eines Kupess an der Mauer der Brücke streifte und Wöhrlin derart verletzete, daß er nach Verlassen der Durchfahrt abfiel. Er wurde durch eine Weisklinger Maschine abgeholt und starb nach einer Stunde im Weisklinger Spital. Wöhrlin hinterläßt eine Frau mit vier Kindern.

Ulm, 23. Febr. Erschossen wurde der Lithograph Hermann Krafft von Neu Ulm gestern am Safranberg aufgefunden. Der Sohn des Verstorbenen hatte dieser Tage seine Konkurs anmelden müssen.

— **Konstanz, 23. Februar.** Zum Tode verurteilt. Der Handlanger Francesco Avogadro von Novara, welcher am 6. Nov. v. J. in Hohenkrähen bei Eugen seinen Kollegen Verti ermordet und beraubt hat, wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

— **Von der bayerischen Grenze, 23. Februar.** In Reisch bei Kempten brannte das Prähndhaus der Banerwitwe Keuner nieder, wobei der geistig nicht normale, 34 Jahre alte Schreinerjohn Krünzer mitverbrannte.

Detmold, 23. Februar. Ehrerbietigst gedankt. Das Hofmarschallamt gibt bekannt: Zu der in Berlin stattfindenden Einweihung des Neuen Doms ist vom Kaiser auch eine gnädige Einladung an den Regenten des Fürstentums Lippe ergangen. Seine Erlaucht Graf Leopold hat sich jedoch versagt, während des schwebenden schiedsrichterlichen Verfahrens über die Thronfolge der Einladung Folge zu leisten und hat in diesem Sinn Seiner Majestät ehrerbietigst gedankt.

— **Halle a. S., 23. Febr.** Die „Provinz Sachsen“ beschloß, als Gedenkgabe für den Kronprinzen einen kostbaren Leuchter im Wert von 80 000 Mk. zu stiften.

Berlin, 22. Febr. „Sigredner.“ Eine ganz neue Erscheinung im Versammlungswesen hat das politische Redeverbot gegen den Grafen Bückler zur Folge. Neben der Institution der „Sprechdiktoren“ treten jetzt auch „Sigredner“ in Funktion. In der letzten Sitzung der Bückler-Vereinigung wurde beschloffen, daß in Zukunft die vorher ausgearbeiteten Bückler-Reden von stimmbegabten Herren zum Vortrag gebracht werden sollen. Verschiedene Bückler-Jünger, denen es auf ein paar Monate Gefängnis nicht ankommt, haben sich bereits erboten, als „Sigredner“ aufzutreten und die blutrünstigen Brandreden nach dem Manuskript des Grafen Bückler zu halten.

— **Hof, 24. Febr.** Bei der Reichstagserversammlung siegte Dr. Goller, der Kandidat der vereinigten Liberalen, mit 3500 Stimmen Mehrheit über den sozialdemokratischen Gegenkandidaten.

Brig, 23. Febr. Der Simplotunnel. Der Augenblick des Durchstichs des Simplotunnels rückt näher. Der Wasserstand in der Nordgalerie sinkt merklich. Man hat die größten Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um einen plötzlichen Wasserbruch auf der Südseite des Simplotunnels zu vermeiden, wo die Handbohrung langsam fortschreitet.

— **Konstantinopel, 23. Febr.** Aus Jemen. In der vorigen Woche ist Monacha, der Hauptstützpunkt der Aufständischen zwischen Hodeida und Sana, nach zweitägigem Kampfe genommen worden.

Abis-Abeda, 23. Febr. Der Empfang der deutschen Mission durch Kaiser Menelik fand am 19. d. statt. Der Negus und die Kaiserin Laïse baten, dem deutschen Kaiser ihren Dank für die Geschenke und ihren Gegenbesuch zu übermitteln. Der Kaiser Menelik lud darauf alle Mitglieder der Kommission zu einem Brunkmahl ein, an dem etwa 5000 Personen teilnahmen.

